Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 31 (2005)

Heft: 2-3

Artikel: Hochschul- und Forschungspolitik zwischen Reformwünschen und Finanzzwängen

Autor: Zinsli, P.-E.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-894150

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

C'est pourquoi la Confédération, sous mandat du parlement, étudie actuellement l'introduction du remboursement de ces coûts indirects de la recherche (système " overhead ") déjà en vigueur, sous des formes variées, aux Etats-Unis, au Canada, au Royaume-Uni et dans les programmes de l'union européenne.

La réforme des hautes écoles 2008 ne traitera pas directement le problème capital et difficile des taxes d'études. En Suisse, la contribution directe des étudiants au coût total des études est d'environ 3%; c'est un des pourcentages le plus bas de l'OCDE. A terme, une augmentation raisonnable des taxes, assorti à un système de bourse et de prêt adéquat, paraît indispensable.

Réformer et investir

La refondation de l'espace suisse des hautes écoles est un moment excitant dans la longue histoire des hautes écoles. Gouvernance nationale commune entre confédération et cantons, clairement définie ; autonomie des hautes écoles, mais aussi coopération et concurrence, renforcées ; nouvelles normes de financement, de planification ; il est demandé beaucoup. Il faut aussi donner. L'investissement public dans les hautes écoles ne doit pas faillir. Malgré une période financière difficile, la Confédération a réussi à accorder une croissance annuelle de 4% au domaine de la formation, de la recherche et de la technologie. Même si l'on attend, à terme, des économies dans un système des hautes écoles mieux structuré, le soutien public ne doit pas fléchir.

Hochschul- und Forschungspolitik zwischen Reformwünschen und Finanzzwängen

P. - E. Zinsli

Unter dem Titel "Hochschullandschaft 2008" wird auf politischer Ebene eine Neugestaltung der Hochschul- und Forschungspolitik der Schweiz vorbereitet. Eine Neuorientierung ist nötig geworden wegen der Finanzknappheit sowohl von Bund wie von Kantonen, die den internationalen Spitzenrang der tertiären Bildung und der Forschung in der Schweiz stark gefährdet. Der konkrete Anlass ist die Tatsache, dass das heutige Universitätsförderungsgesetz des Bundes auf den 1. Januar 2008 ausläuft, was die Gelegenheit gibt, die Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft in der Gestaltung des Hochschulsystems neu zu regeln.

Mehrere Vertreter der Hochschulen, der Studentenschaft, der Wirtschaft und der Politik haben ihre Meinungen zur Ausgestaltung des künftigen schweizerischen Hochschul- und Forschungssystem bereits dargelegt. Leider besteht die Gefahr, dass sich die unterschiedlichen Anliegen - mehr oder weniger Bundeskompetenzen, höhere oder konstante Gebühren, usw. - am Ende gegenseitig blockieren, so dass kaum Neues und Wegweisendes entstehen kann. Dies wäre zu bedauern, da in den Augen der meisten Verantwortlichen und Betroffenen ein erheblicher Reformbedarf besteht.

Was ist die Diagnose? Wo liegt eigentlich das Problem? Was sollte geschehen?

Das Problem

Es gibt den schönen Traum der Universität als der Stätte, wo sich interessierte, hochtalentierte Studenten von hervorragenden Hochschulpersönlichkeiten in Wissensgebiete als suchende und Lehrende/Lernende vertiefen und diese mit breitem Überblick und grosszügig bemessenen Ressourcen bearbeiten.

Es gibt den Albtraum der universitären Massenbildungsstätten, wo schlecht auf das Studium vorbereitete Studierende von eng ausgerichteten Professoren in schmalen Wissensgebieten unterrichtet und - abgekoppelt vom neusten Stand der Forschung - auf einen Beruf vorbereitet werden.

Und es gibt die Realität, in der versucht wird, mit vorhandenen Ressourcen an Geldmitteln und unterschiedlichen Talenten bei Lehrenden und Lernenden mit stark unterschiedlichen Lösungsansätzen ein Optimum für die Schweiz als Ganzes, für die einzelnen Hochschulen und die Studierenden im Speziellen zu erreichen.

Überhaupt zu wissen, wo das Optimum liegt und wie es zu erreichen ist, darin liegt das Problem. (Das ebenfalls bestehende Problem, dass einige Kreise a priori zu wissen glauben, wo das Optimum liegt, lasse ich beiseite.)

Wünsche zur Optimierung des Wissenschaftssystems in der Schweiz

Dem wissenschaftspolitischen Optimum nähern wir uns, wenn wir uns die Anforderungen an das Wissenschaftssystem in der Zukunft ansehen und zunächst die offensichtlichen Mängel im heutigen Zustand zu eliminieren versuchen:

- Die Studierenden sollten immer besser ausgebildet werden, da sie in ihrem (akademischen) Beruf künftig vermehrt im internationalen Wettbewerb bestehen müssen.

Die Betreuungsverhältnisse in den Hochschulen sind aber, besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften und der Rechtswissenschaft, oft massiv ungenügend. Zu wünschen wäre hier eine starke Vergrösserung eines geeigneten Lehrkörpers.

- Die Forschenden und die fortgeschrittenen Studierenden sollten an den Forschungsfronten tätig sein können, da sich der internationale Innovationswettbewerb äusserst dynamisch entwickelt und viele Länder mit grossem Willen und teils grossen Ressourcen in diesen Forschungswettbewerb eingestiegen sind (nicht nur China, auch die mittel - und osteuropäischen Länder). Die Mittel der Forschungsförderung in der Schweiz halten mit den massiv höheren Kosten der modernen Forschung und insbesondere der Infrastrukturkosten nicht mit. Die vorhandenen Mittel müssen immer engmaschiger verteilt werden, was einen im Verhältnis hohen administrativen Aufwand erfordert. Zu wünschen wären hier genügend Forschungsmittel, welche eine Konzentration auf Forschung und nicht auf Administration erlauben würden.
- Für wirklich konkurrenzfähige Forschung sollten genügend personelle Ressourcen verfügbar sein. In den meisten Disziplinen heisst das auch eine gewisse Anzahl von Wissenschaftern, die miteinander innerhalb einer Institution Kontakte pflegen, zusammenarbeiten und ein hochstehendes Lehrprogramm durchführen können. Diese "kritische Masse" können offensichtlich heute nicht (mehr) alle Hochschulen in allen Bereichen erreichen. Wie kann eine solche Schwerpunktbildung erreicht werden, wo sie nötig ist? Auf wissenschaftspolitischer Ebene wäre sicher wichtig, dass die verantwortlichen Stellen aus Bund und Kantonen - die zusammenarbeiten müssen - über die richtigen Entscheidgrundlagen bezüglich Finanzierung und Steuerung und damit zur Umsetzung einer Schwerpunktbildung verfügen. Entsprechende verlässliche Daten fehlen heute. Wo welche Schwerpunkte zu bilden sein werden, kann - in gegenseitiger Absprache - nur Aufgabe der Hochschulen sein. Zu wünschen wären hier akzeptierte Daten und ein akzeptiertes Verfahren, über die eine Schwerpunktbildung ermöglicht wird.
- Die Universitäten werden zur Steigerung ihrer Leistungen und zu ihrer Finanzierung in einem globalen Bildungsmarkt tätig werden müssen, in dem die Qualität "Bildungsdienstleistung" international beurteilt wird. Die Hochschulen sollten sich dieser Herausforderung aktiv und initiativ stellen können. Zu wünschen wären hier weitblickende, mit Kompetenzen ausgestattete Universitätsleitungen mit klaren Vorstellungen für die Zukunft ihrer Hochschulen.
- Die Anforderungen der Gesellschaft an die Universitäten steigen. Die Gesellschaft will nicht nur hören, dass gute Grundlagenforschung betrieben wird, sondern auch Resultate und Dienstleistungen sehen. Die Universitäten sollten auf diese Anliegen achten. Wo nötig, und mit der Aufgabe von Universitäten vereinbar, müssen sie auch darauf reagieren, was grössere Beweglichkeit, sogar Anpassungsfähigkeit, unter Bewahrung des wirklich Wichtigen erfordert. Ohne genügende Autonomie haben die Universitäten diese Beweglichkeit nicht. Zu wünschen wäre hier, dass die politischen Organe diese Autonomie gewähren und den Universitäten eine weitgehende Finanz- und Entscheidautonomie übertragen, verbunden mit einer transparenten Rechenschaftslegung.

Engpässe und Sachzwänge

Ich verlasse hier meine unvollständige Wunschliste und gehe auf die Engpässe und Sachzwänge ein, die oft Rahmenbedingungen genannt werden.

In erster Linie ist natürlich die Verteilung der Mittel auf politisch prioritäre Bereiche sowohl im Bund wie in den Kantonen zu berücksichtigen. Damit künftig mehr Mittel für die Wissenschaft zur Verfügung stehen, müssen die Geldgeber, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und letztlich die Öffentlichkeit, von der grossen Bedeutung höherer Bildung und Forschung für das längerfristige Wohlergehen aller in der Schweiz überzeugt werden. In der EU und Ländern wie z.B. Dänemark scheint dies bereits gelungen zu sein.

Eine solche Überzeugung sollte dazu führen, dass nicht nur freundliche Worte über Wissenschaft und Bildung fallen. Bei Ressourcenentscheiden des Parlaments, die oft eine Wahl zwischen Alternativen sind, müsste mit Überzeugung nicht die unmittelbaren Nützlichkeit (z.B. von Strassen) sondern die langfristigen Grundlage unseres Wohlstands, die Unterstützung der Wissenschaft, eine klare Priorität erhalten. Für diese Überzeugungsaufgabe gegenüber den Entscheidinstanzen sind vor allem engagierte Persönlichkeiten aus der Wissenschaft nötig, die in der Öffentlichkeit Vertrauen erwecken und sich zu exponieren bereit sind. Gesucht sind weitblickende, nicht nörgelnde, sich verständlich ausdrückende, aber nicht simple Hochschullehrer mit Übersicht. Es gab immer wieder solche Persönlichkeiten; leider zu wenige.

In zweiter Linie ist der Zwang zum interkantonalen Ausgleich, der jede Änderung so kompliziert macht, als Rahmenbedingung zu berücksichtigen. Es ist verständlich, aber kaum optimal, dass selten eine Institution zum Wohle aller und unter Zurückstellung von Eigeninteressen vorausgeht. Optimieren heisst für viele oft maximieren im eigenen Umfeld.

In dieser Situation versuchte der Bund auch schon zu koordinieren, seine wissenschaftliche Kompetenz dazu wird aber - bezüglich Inhalten wohl oft zu Recht - in Frage gestellt. Es zeigt sich aber auch keine andere Instanz, die eine Gesamtverantwortung übernehmen könnte.

Und die Studierenden? Es scheint, dass sich deren Politik oft erschöpft in einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber den Reformen der Studien nach der Bologna-Deklaration, die eigentlich durch sie mitgestaltet werden könnten, oder in Anforderungen an ein besseres Stipendiensystem, was zwar wichtig ist, aber auch flexibler angegangen werden könnte.

Die Rolle des Staatssekretariates für Bildung und Forschung SBF

Die oben kurz skizzierten, teils persönlichen Gedanken zur laufenden Diskussion liegen - bei einem Mitglied des SBF kaum erstaunlich - auf der Linie der Politik des neuen Staatssekretariats für Bildung und Forschung SBF. Das SBF wird in der Umsetzung einer neuen Wissenschaftspolitik in der Schweiz trotz beschränkten Kompetenzen im Bildungsbereich eine wichtige Rolle spielen, da ein Grossteil der Fördermittel des Bundes hier angesiedelt ist.

Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung ist nun beauftragt, ein neues Hochschulgesetz auszuarbeiten, da das eidgenössische Parlament das bisherige Universitätsförderungsgesetz aus dem Jahr 2000 auf acht Jahre beschränkte.

Das neue Gesetz soll den laufenden Optimierungs- resp. Reorientierungsprozess aufnehmen. Es kann natürlich nur in intensiver Absprache zwischen den Betroffenen ausgearbeitet werden. Bisher standen folgende Hauptüberlegungen im Vordergrund:

- Ein sinnvoller Mitteleinsatz ist nur über Transparenz in den Studienkosten (zu erreichen über Standardkosten einiger vergleichbarer Studienbereiche) möglich.
- Nur eine gemeinsame, echte Steuerung des Hochschulsystems durch Bund und Kantone bringt die Schweiz in der Schwerpunktsetzung und Klärung der Verantwortungsbereiche von Universitäten, ETH-Bereich und Fachhochschulen weiter.
- Der tertiäre Ausbildungs- und Forschungsbereich muss als Gesamtes angesehen werden (und die Verbindungen wie Differenzen müssen klarer werden).
- Die Politik muss Rahmenbedingungen für die Zulassungsbedingungen, Abschlüsse und Qualitätsregelungen vorgeben, sich aber nicht in die Studiengestaltung und Themenwahl einmischen.

Fragen

Werden die Parlamente den langfristigen Wert der Hochschulen und der Forschung für die Zukunft der Schweiz soweit erkennen, dass die benötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden? Werden die Politiker den Hochschulen die Autonomie gewähren, welche ihnen die nötige Flexibilität gibt? Werden die Hochschulen dynamisch und weitblickend ihre Autonomie ausschöpfen? Werden die Hochschullehrer sich ihrer Rolle und der Notwendigkeit, wahre Persönlichkeiten zu sein, bewusst? Werden die Studierenden die Zukunft mitgestalten wollen und können? Werden die Administrationen in Bund und Kantonen die ihnen zustehende Rolle spielen?

Ich sehe dann eine Chance, wenn sich Hochschullehrer über ihr Spezialgebiet hinaus persönlich und öffentlich für eine Verbesserung des Wissenschaftssystems, den Hochschul- und Forschungsplatz Schweiz, engagieren.

Die Schweizerische Universitätskonferenz, das gemeinsame hochschulpolitische Organ von Bund und Kantonen

Nivardo Ischi

Die Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten (VSH) hat die Frage gestellt, wer eigentlich in der Schweiz die Hochschul- und Forschungspolitik mache. Auf diese Frage sind mehrere nationale und kantonale Organe und Institutionen zu nennen, die jeweils, allein oder gemeinsam mit anderen Organen, für einen Teilbereich dieses Politikfeldes zuständig sind. Dazu gehört auch die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), die als gemeinsames Organ von Bund und Kantonen eine zentrale Rolle in der gesamtschweizerischen universitären Hochschulpolitik erfüllt.

Im vorliegenden Beitrag werden sowohl die gesetzlichen Grundlagen der SUK als auch eine Auswahl ihrer Tätigkeitsbereiche [1] kurz beschrieben. Zu beachten ist, dass an der Vorbereitung und/oder dem Vollzug von Beschlüssen der SUK oft auch andere Institutionen oder Organe beteiligt sind, beispielsweise die universitären Hochschulen selber, die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS), das Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung (OAQ), das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) oder die Erziehungsdirektionen der Universitätskantone.